

Ermutigung zur aktiven Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in E&C-Gebieten: Bericht über Erfahrungen – Chancen für die freien Träger

Dieser Beitrag widmet sich dem Thema „Partizipation“ im Hinblick auf die freien Träger, was erst einmal verwunderlich erscheinen mag. Auch meine eigenen fachlichen Erfahrungen beruhen nicht zuletzt auf der intensiven Mitarbeit in der verbandlichen Jugendarbeit des BDKJ in den siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre(n), und diese Arbeit hat meine heutige pädagogische Grundhaltung, die die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ins Zentrum des Handelns stellt, entscheidend mitgeprägt. Die politische Aktion „Nicht schweigen – handeln!“ der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG) (vgl. Bundesleitung der Katholischen Jungen Gemeinde 1976) 1976/77 umfasste theoretisch und praktisch alle wichtigen Aspekte der Arbeit. Hier geht es also nicht um grundsätzlich Neues, sondern vielmehr wird berichtet, wie sich eine derartige Arbeit – vielleicht mit einigen neuen Facetten – heute realisieren lässt.

Warum müssen sich die freien Träger mit dem Thema „Partizipation“ beschäftigen? Drei Erklärungsansätze zur Standortbestimmung

1. Veränderungen in der Politik und im Verhältnis der freien Träger zur Politik

Im Vergleich zu der Situation in den siebziger Jahren sowohl in der Politik insgesamt als auch im Verhältnis der freien Träger zur Politik haben gravierende Veränderungen stattgefunden.

- (a) Kinder- und Jugendpolitik ist heute viel stärker integraler Bestandteil des politischen Gesamtsystems. Verursacht durch vielfältige gesellschaftliche Veränderungen hat die Bedeutung der öffentlichen Interventionen und der Angebote zugenommen und eine anerkannte Relevanz erhalten. Zum Teil ist Kinderpolitik geradezu modern und zum Profilierungsfeld für Politiker/innen geworden (vgl. BARTSCHER 1998: 21ff.). Während ausgehend von der Nachkriegszeit und unter der Philosophie des JWG die heile Familie als Sozialisationsinstanz im Vordergrund stand und Jugendhilfe lediglich eine

Notfallinterventionsberechtigung hatte, drückt sich im Kinderjugendhilfegesetz (KJHG) heute ein modernes öffentliches Leistungsverständnis aus, an dessen Realisierung die freien Träger auch gesetzlich abgesichert beteiligt sind.

- (b) Auf diesem Hintergrund war Kinder- und Jugendpolitik in den siebziger Jahren in erster Linie Oppositionspolitik; die eigenständigen Interessen der Kinder und Jugendlichen waren ebenso wie die freien Träger in ihrer anwaltschaftlichen Funktion nicht anerkannt. Wer damals etwas bewegen wollte, war auf politische Aktion notwendig angewiesen. Hierin waren, sicher von Träger zu Träger unterschiedlich intensiv, Kinder und Jugendliche einbezogen. Ihre politische Partizipation stellte sich also als absolut vorrangig dar.
- (c) In dem oben beschriebenen Entwicklungsprozess konnten die freien Träger zunehmend auf politische Aktion zur Durchsetzung ihrer Interessen verzichten. Sie sitzen oft schon bei der Planung der Jugendhilfe mit am gemeinsamen Tisch, wodurch die Notwendigkeit der Partizipation von Kindern und Jugendlichen an diesem Prozess an Bedeutung verloren hat. Zudem sind offensichtlich auch das methodische Wissen und die in der Partizipation enthaltenen pädagogischen Chancen in Vergessenheit geraten.

2. Vernachlässigung der politischen Dimension im pädagogischen Handeln

Ein zweiter Erklärungsansatz bezieht sich nicht nur auf die freien Träger, sondern auf pädagogisches Handeln in allen Bereichen, von der Tageseinrichtung über die Schule bis hin zur Jugendarbeit und erzieherischen Hilfen. Aus dieser Perspektive betrachtet waren die partizipatorischen und emanzipatorischen Ansätze, die vor allem von freien Trägern in den siebziger und achtziger Jahren teilweise vehement gefordert und teilweise praktiziert wurden, spuren- und folgenlos. Denn wenn man die pädagogische Landschaft insgesamt betrachtet, ist nach wie vor nicht davon auszugehen, dass Pädagog/inn/en den Beteiligungsgedanken, der durch die Kinderrechtsbewegung neu thematisiert wurde, konsequent aufgegriffen und umgesetzt haben. Vielmehr werden zur Zeit eher die politischen Profilierungschancen genutzt, indem das Themenspektrum mit exemplarischen und befristeten Ansätzen bzw. Projekten abgedeckt wird (vgl. BARTSCHER 1998, S. 21ff.; WINKLHOFER/ SCHNEIDER 1998). Die Berücksichtigung von partizipatorischen Elementen ist über die konzeptionelle Ebene oder vereinzelte Modellprojekte selten

hinausgekommen (vgl. Bartscher 1998, S. 121ff.; HOFFSTADT/ MALMEDE 1995). Es gibt zwar vielfältige Ansätze und Methoden, dennoch „ist nach wie vor eine deutliche Diskrepanz zwischen öffentlichkeitswirksamer Darstellung und realer Verbreitung festzustellen (...)“ (BMFSFJ 1998, S. 154).

Mit der Konkretisierung von Beteiligungsrechten wird eine erneute Auseinandersetzung um das pädagogische Selbstverständnis von Erwachsenen notwendig. Im pädagogischen Handeln, das sich auf Schutz- und Fördermotive begrenzt, besteht immer die Gefahr, Kinder und Jugendliche zu Objekten besserer oder wohlgemeinter Absichten zu machen (vgl. GRUSCHKA 1988). Dagegen bringt die Erweiterung um die Dimension der „participation“ eine größere Chance mit sich, Erziehung als intersubjektiven Prozess zu praktizieren. Die Meinungen, Wünsche und Willensäußerungen von Kindern sind eigenwertig und können nicht unbegründet und nicht ohne reguläre Verfahren übergangen werden. Im Erziehungsalltag deutet sich dieser Trend seit längerem an. „Es gibt im Umgang von Erwachsenen mit Kindern eine Tendenz vom Befehlen und Gehorchen zum Verhandeln. (...) Kinder dürfen heute umfassender mitreden und von den Erwachsenen Begründungen für ihre Gebote und Verbote einfordern“ (WOLF 2000, S. 15). Diese Entwicklung verläuft durchaus ungleichzeitig, auch heute gibt es Kinder, die härteste Drangsalierungen durch Erwachsene erleben. WOLF macht allerdings auch darauf aufmerksam, dass mit der Verlagerung auf eine Verhandlungsstrategie Machtunterschiede zwischen Kindern und Erwachsenen nicht generell nivelliert, sondern tendenziell von den Kindern internalisiert werden. Dabei besteht die Gefahr, dass der äußere Erziehungsdruck über Gebühr auf die innere Bewusstsebene der Kinder verlagert wird. Beteiligung als Prämisse pädagogischen Handelns verlangt Reflexivität und „Verständigung als professionelle Aufgabe“ (ebd. S. 17), d.h. es gilt danach zu fragen, wie Kinder pädagogische Arrangements erleben, wie sie das, was Erwachsene tun, interpretieren und welche eigenen Gestaltungsmöglichkeiten sie sehen. Insgesamt lässt sich Beteiligung allerdings nicht nur auf die Beziehungsebene reduzieren nach dem Motto: Es reicht, wenn Kinder im Kontakt mit Erzieher/innen ernstgenommen werden. Vielmehr ist gleichzeitig die Schaffung praktikabler Partizipationsverfahren und -ansätze (parlamentarische Formen wie z.B. Kinderräte, offene Formen wie z.B. Foren oder projektorientierte Formen zu bestimmten Themen) in allen pädagogischen Zusammenhängen unabdingbar (vgl. KRIENER 1999).

3. Der Professionalisierungsschub bezieht die partizipatorischen Ansätze nicht ein

Der oben skizzierte Veränderungsprozess in der Jugendhilfe beinhaltet einen unglaublichen Professionalisierungsschub, sowohl quantitativ (Verdoppelung der hauptamtlichen Fachkräfte seit Mitte der siebziger Jahre) als auch methodisch. Meines Erachtens ist allerdings bei der qualitativen Entwicklung die dritte Säule der sozialen Arbeit – die Gemeinwesenarbeit – weitgehend verloren gegangen. Das betrifft sowohl die Ausbildung als auch die Weiterbildung. Ausgehend von der „Therapeutisierung“ der sozialen Arbeit (vgl. SCHMIDT-GRUNERT 1997) reduziert sich das methodische Spektrum im Wesentlichen auf die Einzelfallhilfe und die soziale Gruppenarbeit. Und selbst Konzepte wie die Projektarbeit werden ihrer politischen Implikationen beraubt und auf eine Arbeitstechnik reduziert (vgl. BARTSCHER 1998: 129ff.). Gerade im Bereich der längerfristigen Zusatzqualifikationen liegt der Fokus auf Beratung, Supervision, kulturellen Methoden und Sozialmanagement. Kurse in Gemeinwesenarbeit und Partizipation sind kaum zu finden und werden heute erst ansatzweise wieder eingeführt (z.B. als Moderatoren-ausbildungen für Partizipationsprojekte in verschiedenen Bundesländern oder durch das Deutsche Kinderhilfswerk).

Als weiterer Aspekt ist der Trend zur „Versäulung“ der Jugendhilfe zu nennen, in dem fachspezifische Differenzierungen dominieren und nicht die Perspektive von Kindern und Jugendlichen, geschweige denn ihre aktive Beteiligung. Dieser Trend macht auch vor den freien Trägern nicht halt. Sie sind im Gegenteil in der Konkurrenz um öffentliche Förderungen scheinbar gezwungen, sich zu spezialisieren und die Segmente, die das KJHG benennt, anzubieten. Über Gemeinwesenarbeit steht dort leider zu wenig. Der aktuelle Trend, die neue Zuwendung zur Stadtteilarbeit, ist wiederum sehr stark von öffentlichen Programmen beeinflusst, insbesondere durch die Bund-Länderinitiative „Soziale Stadt“ und das Programm „E&C“. Partizipation wird also nicht „von unten“ entwickelt, sondern „top down“ eingefordert. Dabei wäre es sicher nützlich und wünschenswert, wenn mehr an die Wurzeln der verbandlichen Chancen zurückgedacht und diese in neuen Konstellationen eingebracht würden.

Grundsätze der Partizipation: Einige Hinweise aufgrund der vorangegangenen Diskussion

An dieser Stelle sei nur auf drei theoretische Aspekte des Themas „Partizipation“ hingewiesen, die für die praktische Diskussion hilfreich sind (neben den Veröffentlichungen des Deutschen Jugendinstituts, vgl. SCHRÖDER 1995 und 1996, APEL/ PACH 1997, BARTSCHER 1998). Zum einen geht es darum, dass die Begriffe „Partizipation“ und „Beteiligung“ unterschiedliche Konnotationen haben, die vor allem auf der Perspektive desjenigen beruhen, der über Partizipation spricht. Zum zweiten sollte man – vereinfacht gesagt – nicht über Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen reden, ohne auch an sich daraus ergebenden Verpflichtungen zu denken, wenn wir nicht an der Weiterentwicklung des politischen Egoismus mitarbeiten wollen. Zum Dritten lassen sich aus einem ideal und kreislaufhaft gedachten demokratischen Handeln Kriterien dafür ableiten, welche Methoden geeigneter sind als andere.

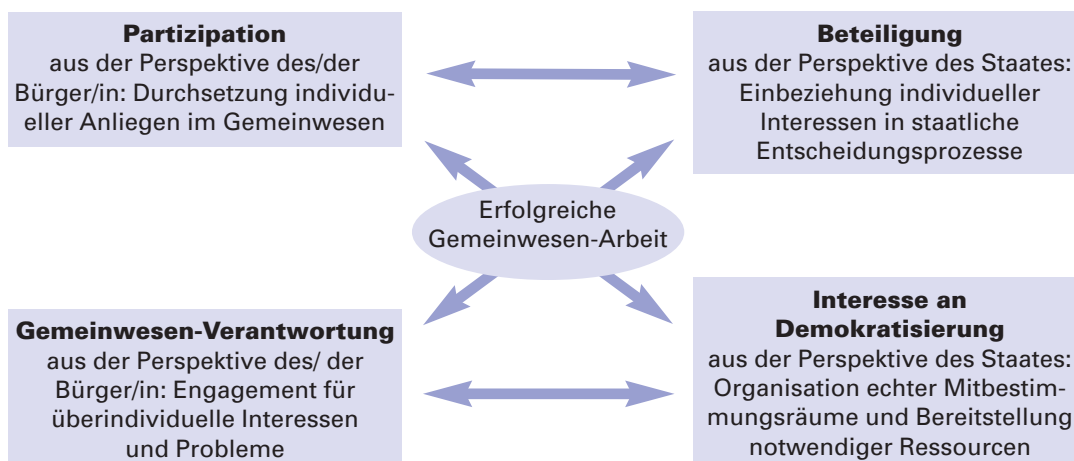
1. Partizipation aus der Sicht von Betroffenen und aus der Sicht von Institutionen

Partizipation hat stets zwei Perspektiven (vgl. Schaubild 1): die der Betroffenen, die gesellschaftlich teilhaben wollen, und die der politischen Institutionen, die über die Entscheidungsmacht verfügen und Partizipation fördern oder behindern, im Extremfall blockieren. Partizipation ist aus Sicht des offiziellen politischen Systems oftmals Teil von Akzeptanzpolitik: eine Strategie, um Entscheidungen möglichst reibungslos vorzubereiten, durchzusetzen und mögliche Widerstände abzufedern und einzubinden. Sie kann zu einer „Beschäftigungstherapie“ missbraucht werden; „gemeint ist damit, dass Kräfte, die sonst phantasievoll

wirksame Widerstandsformen entwickeln würden, gebunden werden durch die vorgegebenen Strukturen der Partizipationsformen und der Hoffnung auf Einfluss in den Mitbestimmungsgremien. Oft findet Partizipation dann auf „Nebenschauplätzen“ statt, und es werden trügerische Illusionen geweckt“ (SÜNKER/SWIDEREK 1997: 17). Auf der anderen Seite stellen die unterschiedlichen Partizipationsmöglichkeiten für die von politischen Entscheidungen Betroffenen einen – oftmals mit großen Hoffnungen, manchmal mit Illusionen verbundenen – Weg dar, die eigenen Interessen durchsetzen zu können.

Bei Jugendlichen überwiegt allerdings, so zeigt die neueste SHELL-Jugendstudie, Skepsis und Ablehnung bei der Einschätzung von Partizipationsmöglichkeiten. Diese Skepsis hängt zweifellos mit der Erfahrung zusammen, dass Interessen von Kindern und Jugendlichen in der etablierten Politik kaum Berücksichtigung finden: „Diese Erfahrungen und Einschätzungen münden offenbar in einer generellen „Entfremdung“ vom politischen System und seinen Organisationen und Ritualen, [führen] aber auch zu der Überzeugung, dass eigene Interessen im politischen Bereich nicht durchsetzungsfähig sind und am Widerstand der Erwachsenen scheitern“ (Jugendwerk 1997: 18). Die Tatsache, dass „Partizipation“ für diese beiden unterschiedlichen, teilweise gegensätzlichen Perspektiven steht, führt in vielen Diskussionen zu unnötigen Konfrontationen und zu Missverständnissen. Während beispielsweise die einen emphatisch die stärkere Beteiligung von Kindern fordern (ohne dass die Befürworter ihre institutionelle Verflechtung in staatliche Zusammenhänge wahrnehmen), schlägt ihnen von anderer Seite erhebliches Misstrauen entgegen (womit von den Skeptikern oftmals ein reales institutionelles Bemühen um Demokratisierung in Abrede gestellt wird).

Schaubild 1: Partizipation und Gemeinwesenverantwortung – Differenzierung zwischen individueller und staatlicher Perspektive



2. Die Dimension der Verantwortung

Eine zweite Überlegung schließt sich an (vgl. Schaubild 1, zweiter Teil). Die Kinderrechte-Diskussion wird noch heute überwiegend so geführt, dass die Rechtsansprüche von Kindern und Jugendlichen in den jeweiligen Zusammenhängen als Mitsprache- und Beteiligungsrechte eingefordert werden. Die andere Seite – Übernahme von daraus resultierenden Verantwortlichkeiten – wird eher apologetisch einer konservativen Wertepädagogik zugerechnet. Diese okkupiert und diskreditiert das Themenfeld bisher, indem sie der Forderung nach Kinderrechten verkürzend entgegnet, Kinder sollten zunächst einmal lernen, Pflichten zu übernehmen (vgl. MAGS 1997). Der Begriff der „Pflicht“ suggeriert pseudo-objektive Werte und Normen, gegen die sich Kinder, Jugendliche und viele Erwachsene (mit Recht) auflehnen. Verantwortung meint in unserem Verständnis viel mehr die Bejahung und die Bereitschaft, für die Konsequenzen des eigenen Handelns und der eigenen Willensäußerungen einzustehen, sofern die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dies ermöglichen, zulassen oder sogar begünstigen. Da es sich um Aushandlungsprozesse handelt, bei denen Kinder, Jugendliche und Erwachsene sich als (zunehmend) gleichberechtigte Verhandlungspartner betrachten, ist daraus konsequent abzuleiten, dass es nicht darum gehen kann, Kindern und Jugendlichen Verantwortlichkeiten aufzubürden, mit denen Erwachsene sich entlasten wollen (vgl. auch BMFSFJ 1998, S. 144f.). Gleichgewichtig sind eigenwillige Vorschläge und Forderungen, mit denen Kinder und Jugendliche Erwachsenen gegenüber treten.

Zu wachsenden Rechtsräumen und ihrer positiven Ausgestaltung gehört essentiell dazu, dass Kinder und Jugendliche und auch Erwachsene in dem jeweils geschaffenen Rahmen Verantwortung übernehmen. Hierzu gibt es in der konkreten Lebenswelt vielfältige Ansätze und Möglichkeiten. Alle praktischen Erfahrungen zeigen, dass Kinder und Jugendliche unter geeigneten Bedingungen bereit sind, Verantwortung in hohem Maße zu übernehmen. Mit der konsequenten Beteiligung und der Übergabe von Verantwortung wird Jugendhilfe dem Anspruch gerecht, Kinder und Jugendliche als Subjekt ihrer Entwicklung zu verstehen. Mit dieser Perspektive wird ein positives Entwicklungspotential erkennbar, wenn ihnen Eigenständigkeit und Verantwortlichkeit zugemutet wird, denn Kinder und Jugendliche können sicher sehr viel mehr leisten und sehr vieles besser tun, als ihnen heute von den Erwachsenen zugetraut wird.

Es ergeben sich auch in der Stadtteilarbeit mit schwierigen, teilweise gewalttätigen Ju-

gendlichen Konsequenzen für den Umgang mit ihnen. Der Leiter des Essener Kinderbüros, Jürgen SCHROER, betont, dass der Verzicht auf „Inpflichtnahme“ von Kindern und Jugendlichen zu einer Orientierungslosigkeit führt, die inakzeptable Verhaltensweisen zur Folge hat. Sachzerstörungen, Vandalismus und Rücksichtslosigkeit werden von der Jugendhilfe häufig als ein zwar unakzeptables, aber für die Kinder und Jugendlichen einseitig als subjektiv sinnvolles Verhalten (z.B. im Sinne eines Signals an die Erwachsenen) zu deuten versucht, die Betroffenen aber nicht mit den Folgen ihres Handelns konfrontiert; Sanktionen werden vermieden oder anderen überlassen. „Die normative Ebene wird von der Jugendhilfe ausgeblendet, hierfür sei die Jugendhilfe nicht zuständig“ (SCHROER 1997: 165). Es ist fatal, die Auseinandersetzung um Recht und Ordnung reaktionären Kräften zu überlassen, die daraus politisches Kapital zu schlagen versuchen. Verantwortung übernehmen bedeutet auch für Jugendliche, für die Folgen des Handelns einzustehen bzw. die Folgen des eigenen Handelns zu antizipieren und notfalls nach geeigneteren Handlungsmustern zu suchen.

Die Frage nach der Übernahme von Verantwortung stellt sich ebenso für Erwachsene. Die entsprechenden Schlagworte lauten „Empowerment“, „Selbsthilfe“, „Aktivierung“ oder „Bürgergesellschaft“. Auch hier gilt, dass die Erwachsenen als Vorbild gefordert sind.

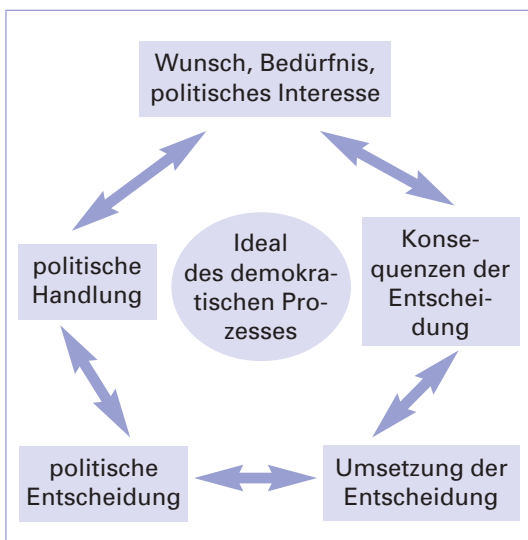
Schaubild 1 symbolisiert die gegenseitige Abhängigkeit von individueller und staatlicher Partizipationsperspektive und Verantwortlichkeit, ohne damit eine „Gleichmächtigkeit“ zwischen Staat und Individuum auszudrücken. Eine funktionierende Gemeinwesenarbeit kann nur gelingen, wenn einzelne aktiv werden und dazu staatlichen Raum und Unterstützung erhalten, während die Individuen zum Interessenausgleich bereit sind, und die institutionellen Beteiligungsansätze transparent, ernstgemeint und wirksam sind.

3. Das Ideal demokratischer Politik als Maßstab zur Bewertung konkreter Kinderbeteiligung

Angelehnt an die Demokratiediskussion der griechischen Antike hat der Politologe Thomas MEYER ein Ideal politischen Handelns dargestellt (Meyer 1994: 24), in dem die subjektive Betroffenheit von einer politischen Frage, das politische Engagement und die Betroffenheit von den Ergebnissen politischer Entscheidungen in Zusammenhang stehen (vgl. Schaubild 2) und sich im Idealfall als Handlungskreislauf darstellen. Dieses Ideal von Politik ist in unserer gegenwärtigen Demokratie an kaum einer Stelle wiederzufinden. Die meisten politischen

Fragen sind angesichts der weltweiten Globalisierung, der institutionellen Differenzierung des politischen Systems und der mangelnden direkten Politikmöglichkeiten in unserem Staat so komplexer Natur, dass die politisch Entscheidenden von ihren Entscheidungen nicht betroffen sind, während die von den politischen Entscheidungen Betroffenen keinerlei Einfluss auf die Entscheidungen haben (vgl. ausführlicher, BARTSCHER 1998: Kap. 2). Bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss man sich der Frage stellen, ob es nicht – insoweit Kinder- und Jugendpolitik auch ein pädagogisches Lernfeld ist – notwendig ist, politische Aktionen und politische Entscheidungsprozesse mit Kindern und Jugendlichen so zu gestalten, dass sie diesem Ideal möglichst nahe kommen. Aus diesem Schaubild ergibt sich, dass Politikformen mit Kindern, die sich auf deren Meinungsäußerungen reduzieren (Kindersprechstunden, Jugendforen usw.), und repräsentative Politikformen (Kinder- und Jugendparlamente) verhindern (können), dass Kinder und Jugendliche mit den Konsequenzen ihres politischen Handelns konfrontiert werden. So kommt es in derartigen Veranstaltungen vor, dass Kinder und Jugendliche oft beliebige und teils unrealistische Wünsche und Forderungen erheben; wenn es dann Politik und Verwaltung nicht gelingt, diese Forderungen nachzukommen, werden sie als kinderfeindlich diffamiert und Politikverdrossenheit wird schon bei den Kindern vorprogrammiert. Nicht die Sinnhaftigkeit dieser Arbeitsformen soll hier bestritten werden, sondern auf einen systembedingten Nachteil aufmerksam gemacht werden. Dem stehen sicher andere Vorteile gegenüber (vgl. ausführlicher, BARTSCHER 1998).

Schaubild 2: Ideal des politischen Prozesses



Praxisbericht: Acht Jahre Modellprojekt Hamm-Norden – Jugendarbeit auf neuen Wegen

Die Jugendarbeit hat für das „sozial- und bewohnerorientierte Stadtteilentwicklungsprojekt Hamm-Norden“² eine besondere Bedeutung. Auslöser des Stadtteilprojektes war insbesondere die hohe Jugendkriminalität und die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen im Stadtteil. Gleichzeitig zeigte die sozialplanerische Betrachtungsweise im Jugendfreizeitstättenplan 1992, dass der Hammer Norden für die Erweiterung offener Jugendarbeit in Hamm höchste Priorität hatte.

Seit 1993 wurde in dem Stadtteilprojekt der Blick immer wieder darauf gerichtet, wie die Situation der Jugendlichen im Hammer Norden verbessert werden könne. Dieser Prozess führte zur Einrichtung verschiedener Angebote und Projekte der Jugendarbeit.

1. Praktische Entwicklungen aus der Kooperation im Stadtteilprojekt

Vier Träger arbeiten mit ihren Projekten in der Jugendarbeit im Hammer Norden eng zusammen:

- Das Stadtteilbüro (Trägerschaft: AWO Hamm-Warendorf und Katholischer Sozialdienst Hamm) führt soziale Gruppenarbeit nach KJHG sowie die Schulaufgabenbetreuung an einer Hauptschule durch; weiterhin bildet die intensive Kinderarbeit an drei Standorten im Stadtteil die Basis der Jugendarbeit.
- Der Arbeitskreis für Jugendhilfe e.V. (AfJ), der örtliche Drogenhilfeträger, bietet seit Mitte der neunziger Jahre ein Projekt der „stadtteilintegrierten Jugend- und Drogenhilfe“ an; dies besteht zum Teil aus einem Offenen Treff in einem Container, darüber hinaus in teilweise aufsuchenden Beratungsangeboten, Vermittlung in Drogenhilfeeinrichtungen und Projektarbeiten mit den Jugendlichen.
- Zwei der Kirchengemeinden im Stadtteil (Ev. Johannesgemeinde und Kath. Herz-Jesu-Gemeinde) haben eine mobile Jugendarbeit entwickelt und realisieren sie an verschiedenen Standorten im Stadtteil.
- Durch den hohen Anteil von Aussiedlern kamen die in diesem Bereich tätigen Maltesser-Werke ins Spiel. Dieser Träger bietet ein Internetcafe „Drin“ an.

Die verschiedenen Projekte werden seit ca. 1995 im Arbeitskreis Jugend des Arbeitskreises Hamm-Norden koordiniert. Koordination bedeutete zunächst den Erfahrungsaustausch und

² Auf eine Darstellung der Stadtteilarbeit wird hier verzichtet. Sie ist in einer anderen Dokumentation gut beschrieben und als Download zu erhalten: vgl. BARTSCHER 2001

die Terminabstimmung von Aktivitäten und die Durchführung einzelner Kooperationsveranstaltungen (Fußballturniere, Discos usw.). Seit ca. zwei Jahren wird verstärkt daran gearbeitet, die Gesamtverantwortung für die Jugendarbeit im Hammer Norden in planerischer Hinsicht wahrzunehmen. Während vorher die einzelnen Träger Angebote unabhängig voneinander für bestimmte Zielgruppen entwickelten, wurde die Notwendigkeit immer deutlicher, Jugendarbeit für den Stadtteil so zu planen, dass die wichtigsten Zielgruppen und die wichtigsten räumlichen Bereiche durch Angebote der Jugendarbeit erfasst und betreut werden.

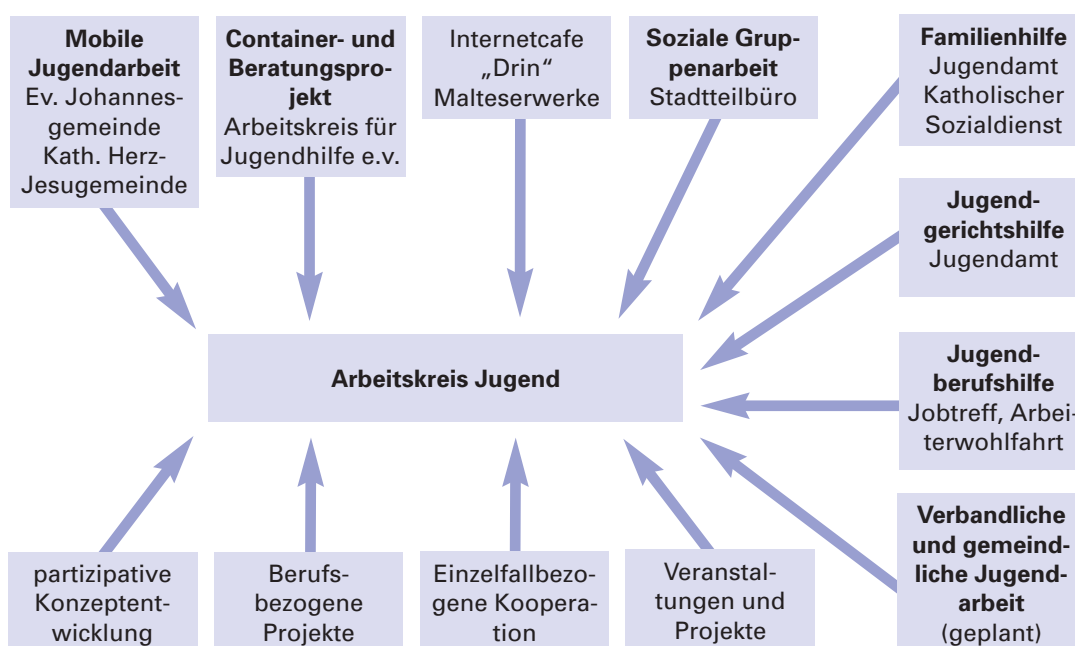
a. Bereiche der Zusammenarbeit

Der Arbeitskreis Jugend arbeitet seitdem in vier Bereichen besonders intensiv zusammen:

- (1) Die Erarbeitung eines Konzeptes wurde vom Arbeitskreis Jugend gemeinschaftlich unternommen. Zum Prozess der Konzepterarbeitung gehörte die Entwicklung einer Grundidee, welche Inhalte dieses Konzept umfassen soll, die Klärung der Frage, wie Jugendliche im Prozess der Konzeptentwicklung beteiligt werden, die Durchführung einer aktivierenden Befragung von Jugendlichen im Hammer Norden zu diesem Zweck, die Abstimmung der Ergebnisse dieser Befragung in einem Jugendforum und die Bündelung aller Überlegungen und schriftlicher Ausformulierung des Konzeptes.
- (2) In der Stadtteilarbeit war die Grundsatzentscheidung getroffen worden, die Arbeit des gesamten Stadtteilprojektes stärker auf die beruflichen Entwicklungschancen der Bewohner/innen zu richten. Diese Aufgabe stellte sich auch für die Jugendarbeit. Als

Ergebnis der Klausur 2001 wurde das Projekt „Befähigung von Jugendlichen zur eigenständigen Arbeitsaufnahme“ entwickelt. Hier arbeiten Jugendberufshilfe (vertreten durch die AWO) und die Jugendarbeit verbindlich zusammen, um durch geeignete Maßnahmen und Projekte Jugendliche bei der Berufsfindung und in der Ausbildungsphase zu begleiten.

- (3) Da immer wieder einzelne Jugendliche und Cliquen von Jugendlichen besondere Schwierigkeiten und Herausforderungen an die Jugendarbeit stellen, ist es notwendig, durch Erfahrungsaustausch und Absprache gemeinsamer Vorgehensweisen die Problemfälle anzugehen und nach Lösungen zu suchen. In dieser Einzelfallkooperation hat sich als besonders wichtig die Zusammenarbeit mit der Jugendgerichtshilfe und der Familienhilfe des Jugendamtes bzw. des Kath. Sozialdienstes herausgestellt. Die Erfahrungen zeigen, dass in der Vergangenheit immer wieder einzelne Jugendliche und Cliquen die einzelnen Projekte so intensiv beschäftigt haben, dass viele Ressourcen gebunden wurden, ohne dass konstruktive Prozesse eingeleitet werden konnten. Die Hoffnung besteht darin, und die Erfahrung bestätigt dies, dass durch eine kontinuierliche Zusammenarbeit die Problemfälle besser gelöst werden können.
- (4) Die Zusammenarbeit findet auch bezogen auf Veranstaltungen und Projekte statt, die sich teilweise aus den vorgenannten Punkten ergeben.



b. Entwicklung von gemeinsamen Schwerpunkten: Mehr Beteiligung und Eigenverantwortung

In den letzten beiden Jahren entwickelten die Mitarbeiter/innen der Jugendarbeit in der AG Jugendarbeit zwei konzeptionelle Schwerpunkte, wobei hier der Prozess der stärkeren Beteiligung der Jugendlichen beschrieben wird.

Ausgangspunkt war die Frage, wie weit der Anspruch aus der Stadtteilarbeit, Bewohner/innen zu aktivieren, zu Eigenverantwortung zu motivieren und ihnen politische Beteiligungschancen einzuräumen, in der Jugendarbeit umgesetzt ist. Aus verschiedenen Gründen wurde dieses Thema in der Vergangenheit nicht als vorrangig angesehen, und es erschien allen als eine große Frage, wie weit Jugendliche mit erheblichen Störungen im Sozialverhalten überhaupt in der Lage seien, Verantwortung zu übernehmen.

Erste Ansätze gab es in allen Projekten.

- (1) Ein Hüttenbauprojekt der Mobilien Jugendarbeit hatte gezeigt, dass Jugendliche in einem überschaubaren Sozialraum in der Lage sind, ihren eigenen Raum zu bauen, zu gestalten und zu pflegen. Allerdings erschien dieses Modell nicht unbedingt auf andere Bereiche übertragbar, da es an geeigneten Plätzen fehlte und z.B. im Umfeld der Schottschleife die „soziale Lage“ zwischen Gruppen und Cliquen konfliktträchtiger ist.
- (2) Alle Projekte experimentierten mit Modellen der Verantwortungsübernahme wie „Thekendiensten“. Doch das Ziel, Jugendliche Räume insgesamt eigenständig verwalten zu lassen, galt als unerreichbar. Die berechtigte Sorge um Konflikte und Übergriffe verhinderte hier weitergehende Experimente.
- (3) Die Beteiligung bei der Planung und Ausgestaltung von Angeboten und Räumen (z.B. bei der Neuaufstellung des Containers in der Schottschleife) wurde von den Trägern immer wieder durchgeführt. Allerdings blieben diese Ansätze vereinzelt und losgelöst von einem Gesamtkonzept.

Alle Beteiligten hielten diesen Zustand für unbefriedigend. So wurden im Oktober 2000 und im Januar 2001 zwei Fortbildungstage zum Thema „Partizipation“ durchgeführt. Als Ergebnis dieser Fortbildung wurde die Entscheidung getroffen, das Thema offensiver anzugehen als bisher. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Fortbildung war, dass alle Mitarbeiter von ihren jeweiligen fachlichen Positionen aus grundsätzlich mehr Partizipation befürworteten. Dazu kam die Bereitschaft, die These auszuprobieren, dass die Zumutung und

Unterstellung von Verantwortung an Jugendliche, die scheinbar nicht verantwortungsbereit sind, positive Auswirkungen haben könnte, während die Angst vor Misserfolgen und Misstrauen gegenüber chaotischen Jugendlichen die Chaotik und ein beliebiges Sozialverhalten verstärkt. Damit begann ein Prozess, bei dem nach und nach die Mitarbeiter/innen ihre verbalen und nonverbalen Botschaften an die Jugendlichen veränderten:

- „Wir unterstützen euch bei Dingen, die ihr tun wollt“ statt „Wir machen euch Angebote“
- „Wir sehen uns als Berater, Begleiter, Unterstützer“ statt „Wir passen auf, dass ihr keinen Unsinn macht, und wir versorgen euch mit Getränken und anderem“
- „Wir lassen uns Respektlosigkeit und Anmacherei nicht gefallen“ statt „Ihr seid ja noch nicht so reif, dass ihr Euch vernünftig benehmen könntet“.

Gleichzeitig wurden konkrete Schritte getan, um die praktische Arbeit zu verändern:

- Das versorgende Angebot wurde reduziert; es blieb teilweise den Jugendlichen überlassen, ob es Getränke und Speisen gibt.
- Mit Jugendlichen, die etwas tun wollten, wurden konkrete Projekte in Angriff genommen (Bau einer Skater-Rampe, selbständige Durchführung von Fahrten usw.).

Die Auswirkungen dieser Aktivitäten waren sehr unterschiedlich. Während ein Teil der Jugendlichen protestierte und versuchte, die Mitarbeiter verschiedener Einrichtungen gegeneinander auszuspielen („Aber die machen das“, „Die kümmern sich viel besser“), teilweise aggressiv und beleidigend reagierte, ging ein anderer Teil der Jugendlichen auf die neue Form des Angebotes ein und beteiligte sich in unterschiedlicher Weise. Grundsätzlich wurden die ersten Erfahrungen als sehr positiv eingeschätzt.

Zur Verstärkung und Unterstützung des Ziels auf mehr Beteiligung wurden folgende Ansätze genutzt:

- (1) Die Schulung von Jugendlichen, die bereit waren, sich zu engagieren. Es erschien notwendig, aktive Jugendliche über die alltägliche Begleitung durch Hauptamtliche hinaus zu schulen. Da es keine originären Kurse für die Selbstorganisation von Jugendlichen in der Jugendarbeit gab, wurde auf die vorhandenen Jugendgruppenleiter-schulungen der freien Träger und des Jugendamtes zurückgegriffen. Darüber hinaus führte der Arbeitskreis für Jugend e.V. in den Sommerferien einen eigenen Kurs für die Nutzer des Containers in der Schott-

schleife durch. Die Teilnahme der Jugendlichen bewirkte über die eigentlichen Ziele hinaus gerade bei der Klientel aus der Jugendarbeit, dass ihr Selbstbewusstsein und ihr Bereitschaft zum Engagement deutlich verstärkt wurden.

- (2) Jugendliche sollten auch bei der Entwicklung des Konzeptes beteiligt werden. Als erster Schritt im Rahmen der Bestands- und Bedarfsermittlung wurde die Form einer aktivierenden Befragung gewählt.
- (3) Diese Aktivitäten sollten in einem Jugendforum gebündelt werden, das zum Diskussions- und Aushandlungsforum zwischen den Jugendlichen untereinander und mit den hauptamtlichen Mitarbeiter/inne/n werden sollte. Dieses Jugendforum wurde am 12. Dezember 2001 durchgeführt.

Sehr positiv wirkte darüber hinaus die „Stadtteilrunde Hamm-Norden“ – ein Multiplikatorenarbeit für die Stadtteilöffentlichkeit zur besseren Information über die laufende Arbeit - am 15. November 2001, bei der die Jugendarbeit als Schwerpunktthema präsentiert wurde. Hier wurden Jugendliche an der Präsentation der Jugendarbeit beteiligt. Ein moderiertes Interview von Jugendlichen aus allen Einrichtungen durch einen Radiomoderator wurde ins Zentrum der Veranstaltung gestellt. Die Jugendlichen machten nach zögerlichem Beginn bereitwillig mit. Im Verlaufe der Veranstaltung stellte sich heraus, dass die öffentliche Präsentation der gemeinsamen Aktivitäten die Identifikation der Jugendlichen mit der Jugendarbeit und auch mit dem Ziel der Beteiligung und Eigenverantwortung sehr verstärkte.

Grundsätzlich kann nach dieser ersten Phase der Aktivierung festgestellt werden, dass der Ansatz richtig ist und in dieser Richtung weitergearbeitet werden sollte. Es gibt eine Reihe von Belegen dafür. So wurde im Containerprojekt des Arbeitskreises für Jugend e.V. der Container und sein Umfeld von den Jugendlichen mit hoher Eigenverantwortung renoviert und neu gestaltet. Für sieben Jugendliche führte der Träger eine spezielle Schulung durch, damit diese den Container in Eigenverantwortung öffnen können. Ebenso betreuen einige der durch die kirchliche Jugendarbeit geschulten Jugendlichen immer öfter die Jugendkeller der beiden Kirchengemeinden während der Öffnungszeiten. Auch in der Werkstattarbeit und in der Mädchenarbeit gibt es teilweise positive Erfahrungen mit der Verselbständigung der Jugendlichen.

2. Einbeziehung der Jugendlichen in den Prozess der Konzeptentwicklung

Im Prozess der Konzeptentwicklung wurden die Jugendlichen sehr stark einbezogen. Ausgangspunkt war eine aktivierende Befragung, der sich ein Jugendforum anschloss. Aus dem Jugendforum ergaben sich Projektgruppen, die heute weiter an der Umsetzung der Ideen und Interessen arbeiten.

Aktivierende Befragung

Um ein integriertes Gesamtkonzept zur Jugendarbeit im Hammer Norden entwickeln, erschien es auf dem Hintergrund des „bewohnerorientierten“ Ansatzes der Stadtteilarbeit notwendig, auch die Betroffenen selbst zu befragen und zu beteiligen. Dazu wurden auch die vorhandenen Ansätze und Angebote der Jugendarbeit evaluiert. Die aktivierende Befragung sollte gleichzeitig das Ziel verfolgen, die Jugendlichen zu Eigenengagement und aktiver Mitarbeit zu motivieren. Zu diesem Zweck wurden in einem ersten Schritt die aktuelle sozialräumliche Situation und die Themen der Jugendlichen durch eine aktivierende Befragung erfasst. Mit diesem Ziel wurde das Büro für kinderfreundliche Stadtgestaltung und Partizipationsverfahren, S. Monzel, Münster, beauftragt, eine aktivierende Befragung der Jugendlichen im Alter von etwa 13 bis 23 Jahren im Hammer Norden bezüglich Methodik und Inhalten zu entwerfen und die Durchführung der Befragung zu begleiten. Bei der aktivierenden Befragung wurden aus einem umfassenden ersten Konzeptentwurf nachfolgend aufgeführte Methoden zur Durchführung vereinbart.

Spontaninterviews draußen

Die Mitarbeiter/innen der Jugend- und Sozialarbeit befragten Jugendliche, die ihnen im Idealfall nicht bekannt sind. Bei der Anzahl der zu führenden Interviews einigten sich die befragenden Mitarbeiter/innen intern auf möglichst 15 Interviews bzw. zu befragende Jugendliche pro Befragter/in. Die Interviews wurden als qualitativ ausgerichtete, nicht standardisierte Gespräche anhand eines Gesprächsleitfadens geführt, der alle relevanten Themen umfasste. Die Gesprächsdauer für alle Themen wurde mit ca. 30 Minuten kalkuliert. Von den Interviews wurden schriftliche Protokolle angefertigt. Die Jugendlichen wurden an ihren Aufenthaltsorten draußen aufgesucht. Ferner wurden Jugendliche an Bushaltestellen aufgesucht, um dort mittags oder nachmittags eventuell diejenigen zu erreichen, die Schulen außerhalb des Hammer Nordens besuchen, und sich weniger draußen aufhalten. Ebenso an Radwegen in Richtung Innenstadt und

Bockum-Hövel sowie an zentralen Einkaufsorten im Hammer Norden. Im Rahmen der Spontaninterviews wurden von sechs Mitarbeiter/innen der Hammer Jugend- und Sozialarbeit 94 Jugendliche im Alter zwischen 13 und 23 Jahren befragt. Unter den spontan Befragten waren 43 Mädchen und 51 Jungen, also eine relative Gleichverteilung bzgl. der beiden Geschlechter. Auffällig bzgl. der Geschlechter der Befragten ist jedoch, daß von insgesamt 43 interviewten Mädchen 39 Deutsche³ sind ! Marokkanische Mädchen wurden draußen gar nicht angetroffen, türkische und libanesische Mädchen jeweils nur einmal. Die insgesamt 94 Jugendlichen wurden in 70 Interviews befragt.

Diskussionsrunden in Einrichtungen

Auch diese Runden wurden als qualitativ ausgerichtete, nicht standardisierte Gruppengespräche anhand eines Gesprächsleitfadens, der alle relevanten Themen umfasst, geführt. Ausgangspunkt der Diskussion war die Beurteilung der Situation in der betreffenden Einrichtung. Angewendet wurden Moderationstechniken zur Visualisierung. Es wurden insgesamt vier Diskussionsrunden mit Gruppen von Jugendlichen in Einrichtungen der Jugendarbeit des Hammer Nordens durchgeführt.

Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die in die Diskussionen eingebundenen Jugendlichen:

	Johannes-keller	Johannes-keller	Container-keller	Internet-cafe	Summe
weibl.	6	5	1	1	13
männl.	0	5	12	11	28
gesamt	6	10	13	12	41

Jugendforum

Am 12.12.2002 wurden die Ergebnisse der Befragung (vgl. Stadt Hamm 2001) den Jugendlichen präsentiert. Es waren ca. 40 Jugendliche anwesend; hierbei handelte es sich um den „harten Kern“ der in den verschiedenen Projekten teilnehmenden und aktiven Jugendlichen. Auf der Basis der Präsentation schlossen sich vier Workshops an, in denen die Teilnehmer/innen ihre Ideen und Interessen konkretisieren konnten: Räume für Jugendliche, Räume für Mädchen, Raus aus dem Hammer Norden – Raus aus dem Alltag, Hilfen bei Ausbildungs- und Arbeitssuche

Umsetzungsprojekte

Aus allen Workshops haben sich Folgeaktivitäten ergeben. Im Frühjahr 2002 sollen die Ergebnisse und Entwicklungen im Rahmen des neuen Konzeptes den Jugendlichen zurückgemeldet werden.

Weitere Praxisbeispiele der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Durch die kontinuierliche Weiterentwicklung der Stadtteilarbeit und durch das gemeinsame Verständnis mit dem Stadtteilbüro und dem Planungsamt, dass Kinder eine wichtige Zielgruppe der Beteiligungsverfahren sind, konnten eine Reihe von Projekten durchgeführt werden. Auf diesem Hintergrund werden die folgenden exemplarisch beschriebenen Praxisbeispiele (selbst-)kritisch beschrieben.

1. Streifzüge im Hammer Norden zur Entwicklung eines städtebaulichen Rahmenplans

1993 beschloss die Stadt Hamm, im Rahmen des sozial- und bewohnerorientierten Stadtteilentwicklungsprojektes Hamm Norden einen städtebaulichen Rahmenplan erarbeiten zu lassen. Damit wurde ein Planungsbüro (BASTA) beauftragt, das durch die Anwendung partizipativer Beteiligungsverfahren einen guten Ruf hatte. In der Erarbeitungsphase des städtebaulichen Rahmenplans wurden 1993 mit dem Planungsbüro „Stadt-Kinder“ (vgl. APEL/ PACH 1997; die Autoren führten die erste Streifzugserie in Hamm und deren Auswertung durch) und 1994 mit BASTA ca. dreißig Streifzüge mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt.

Da ein städtebaulicher Rahmenplan die Entwicklung eines Stadtteils für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre definiert, war in diesem Fall von vornherein klar, dass die Befragung der Kinder und Jugendlichen keine unmittelbaren politischen Auswirkungen haben wird. Aus diesem Grund wurde die Befragung mit einem Abenteuerspielplatzprojekt verbunden, bei dem die Nordener Kinder und Jugendlichen vierzehn Tage Gelegenheit hatten, auf dem Schulhof der Ludgerischule eine Abenteuerspielplatzstadt zu erbauen. Mit den teilnehmenden Kindern dieses Abenteuerspielplatzes wurden Kleingruppen von 3-6 Kindern gebildet, die mit zwei Erwachsenen auf einen Streifzug durch den Stadtteil gingen. Die erwachsenen Begleiter interviewten, protokollierten und fotografierten die Aussagen der Kinder. Diese wurden während des Streifzugs nach ihrer Nutzung des Stadtteils, nach Spielmöglichkeiten, nach abenteuerlichen Plätzen und nach Gefährdungspunkten gefragt (zur Methodik der Streifzüge vgl. APEL/ PACH 1997). Die Ergebnisse wurden vom Planungsbüro ausgewertet, in einem Bericht zusammengefasst und in dem städtebaulichen Rahmenplan berücksichtigt.

Aus den Streifzügen ergaben sich vier wesentliche Handlungsziele:

³ Im Rahmen der Auswertung kann nicht unterschieden werden, wie viele der Deutschen Aussiedler/innen sind.

Die Gestaltung des Siedlungsrandbereiches

Die Kinder machten Aussagen über die spielerische Nutzung der Lippeaue. Insbesondere beklagten sie den Verlust ihres Spielparadieses an der Oranienburger Straße, an der eine große Fläche neu bebaut wurde. Als planerische Konsequenz wurden in der Folgezeit die für den Siedlungsrand vorgesehenen Bebauungspläne geändert und statt einer achtgeschossigen Wohnbebauung wurden die entsprechenden Flächen dem Landschaftsschutzgebiet zugeordnet.

Die wohnungsnahen Spielflächen

Die wohnungsnahen Spielflächen der Wohnungsbaugesellschaften haben, so zeigten die Streifzüge, eine wichtige Aufenthaltsfunktion, da sie von den Wohnungen aus einsehbar sind, und vor allem Mädchen hier einen wichtigen Spielort finden. Der qualitative Zustand der Spielplätze war sehr schlecht, und es ergab sich die dringende Anforderung, hier Verbesserungen durchzuführen. Diese Anregung wurde 1997 von der LEG durch eine umfangreiche Wohnumfeldsanierung aufgegriffen, bei der der Spielwert des Geländes sehr erhöht wurde.

Gefährdungspunkte im Verkehr

An den wichtigsten Brennpunkten hat die Bauverwaltung neue Querungsmöglichkeiten geschaffen. Von den Kindern wurde die mangelnde Nutzbarkeit mehrerer öffentlicher Plätze bemängelt. Infolgedessen hat die Verwaltung im Rahmen der Städtebauförderung erfolgreich Mittel beantragt, so dass in den nächsten drei Jahren der Rheinsberger Platz, der Karlsplatz und der Tondernplatz mit intensiver Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern umgeplant und umgestaltet werden können.

Die hier beschriebenen Auswirkungen gehen nicht allein auf die Kinderstreifzüge zurück. Vor der Rücknahme der Bebauungspläne im Siedlungsrandbereich gab es gleichlautende Forderungen aus dem Umweltbereich. Für eine Wohnumfeldumgestaltung hat sich das Stadtteilbüro Hamm-Norden nach der Durchführung der Streifzüge sehr intensiv eingesetzt und eigene Wohnumfeldbegehungen mit den Anwohnern durchgeführt. Am Beispiel der Streifzüge im Hammer Norden wird deutlich, dass Kinder auch mittel- bis langfristig politische Wirkungen erzeugen können, vor allem, wenn sie in geeigneter methodischer Form befragt werden, wenn die Ergebnisse professionell in die entsprechenden Planungsprozesse eingebracht werden, wenn Bündnispartner gefunden werden und wenn es Organisationsstrukturen gibt, in denen langfristig an der Verbesserung des Stadtteils gearbeitet wird.

2. Die Planung und der Bau eines kinderfreundlichen Wohnumfeldes in der Danziger Straße

Die Hammer gemeinnützige Baugesellschaft mbH (HgB) hatte 1992 eine Reihe von Häusern in der Danziger Straße zu modernisieren begonnen. Es gab bei der HgB Überlegungen für eine Verbesserung der Stellplatzsituation und für verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Danziger Straße. Ein Ziel der HgB war, in Zusammenarbeit mit der Stadt Hamm und anderen Organisatoren die Anwohner/innen bei der Gestaltung der Außenbereiche zu beteiligen und insbesondere eine kinderfreundliche Gestaltung zu erreichen.

Durch die Beteiligung des Kinderbüros am Wettbewerb „Bau- und Wohnhits von Kids“ des Ministeriums für Bauen und Wohnen NRW und die damit verbundene Bezuschussung konnten die Kinder in einem intensiven Prozess an Planung und Bau des Wohnumfeldes beteiligt werden. Um alle Anwohner gleichermaßen zu beteiligen, einigten sich die Initiatoren des Projekts auf differenzierte Zielgruppenarbeit. Das bedeutete, dass für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen spezielle Angebote im Vorfeld gemacht wurden, um herauszufinden, was die einzelnen Gruppen wollten.

Zu Beginn und zum Ende des Projekts gab es eine Versammlung aller Anwohner/innen, dazwischen fand der Arbeitsprozess aber in den jeweiligen Zielgruppen statt. Zu Beginn zeigten sich erhebliche Probleme:

- Es gäbe einen Nationalitätenkonflikt zwischen deutschen und türkischen Anwohner/innen.
- Den Erwachsenen erschien es unbegreiflich, dass Kinder beteiligt werden sollten. Auf die Einladung, zur ersten Anwohnerversammlung die Kinder mitzubringen, ging niemand ein.
- Das Hauptinteresse der Erwachsenen galt der Schaffung von Autostellplätzen, von dem sie erst mit dem Argument abzubringen waren, dass neue Stellplätze zusätzlichen Verkehr aus dem angrenzenden Wohngebiet anziehen würden.

Die Kinderprojektwoche als Zentrum des Planungsprozesses

Die Arbeit mit den Schulkindern fand im wesentlichen in der ersten Osterferienwoche 1992 statt. Die Kinder wurden durch eine Straßenpielaktion aufmerksam gemacht, und nachdem zum ersten Treffen acht Kinder kamen und ihre Freund/innen mitbrachten, wuchs die Projektgruppe schnell auf über dreißig Kinder. Das methodische Grundkonzept basierte auf dem Ansatz der Projektarbeit (vgl. BARTSCHER 1998: Kap. 6). Verschiedene Erfahrungen in an-

deren Projekten hatten gezeigt, dass Kinder dann am besten in der Lage sind, abstrakte Planungen zu begreifen, wenn sie in einem Modell realisiert werden. Um den Kindern zu vermitteln, worum es eigentlich ging, wurde zunächst eine Phase der „Horizontenerweiterung“ vorgeschaltet. Den Planer/inne/n war klar, dass Kinder nicht ohne Anregungen kreative und neue Spielmöglichkeiten planen können (Erwachsene übrigens auch nicht). Unter anderem wurden ein Abenteuerspielplatz, der Spielbogen im Dortmunder Westfalenpark und ein Kindertagesstätten-Außengelände besucht, das als Naturspielgelände angelegt war. Durch diese Exkursionen bekamen die Kinder eine Vielzahl von Anregungen.

Auf der Grundlage all dieser erlebten Spielelemente erstellte eine kleinere Gruppe von Kindern eine Liste der in ihrer Wohnumgebung passenden Geräte. Nach einem intensiven Abwägungsprozess unter finanziellen, rechtlichen und anderen planerischen Gesichtspunkten konnte mit dem Modellbau begonnen werden. Die Kinder vermaßen das Gelände, die Häuser wurden maßstabsgetreu auf eine Holzplatte gebaut, und dann wurde das Außengelände mit den Spielgeräten als Modell gestaltet. Das fertige Modell wurde von den Kindern am Abschluß-Nachmittag der Projektwoche den Erwachsenen, Jugendlichen und Politikern aus dem Stadtteil vorgestellt. Am spannendsten war die Reaktion der Jugendlichen. Die behaupteten, das sei alles Quatsch, das würde ja doch alles kaputtgemacht, das einzige sinnvolle sei ein Bolzplatz mitten zwischen den Häusern (mit Draht vor allen Fenstern, damit keine Scheiben kaputtgingen). Aus diesen provozierenden Äußerungen ergab sich eine spannende Diskussion um Fragen wie „Warum wird immer alles kaputtgemacht?“, „Welche Möglichkeiten haben Jugendliche?“, „Was fehlt sonst noch im Stadtteil?“ Die Kinder verteidigten ihre Ideen, und die Jugendlichen erklärten sich später bereit, konstruktiv mitzuarbeiten.

Realisierung

Im Anschluss an die Kinderprojektwoche wurde ein Architekt mit der Ausbauplanung beauftragt. Im Februar 1993 wurde mit einem öffentlichen ersten Spatenstich der Bau begonnen und im Herbst mit einem großen Nachbarschaftsfest abgeschlossen. In den letzten Tagen der Bauphase beteiligten sich die Kinder am Bau und stellten unter anderem Spielgeräte auf, die sie in der langen Wartezeit in den Herbstferien zuvor gebaut hatten.

Zusammenfassende Bewertung

Neben dem eigentlichen Anliegen, ein Wohnumfeld zu planen und zu bauen, ist die Lösung sozialer Spannungen zumindest in Ansätzen gelungen. Nach anfänglicher völliger Ablehnung wurde mehr und mehr das Interesse der Anwohner/innen geweckt. Die Konfrontation zwischen den Nationalitäten haben sich während der ersten Projektphase beruhigt, es war für die Beteiligten eine wichtige Erfahrung, dass andere die gleichen Interessen haben können und dass es in beiden Gruppen Menschen gibt, die gegen soziale Regeln verstoßen.

In der Bauphase gab es eine Reihe von Schwierigkeiten, gute Ideen aus den Projekten, die noch in die Planung übernommen worden waren, in die Realität umzusetzen. Ursachen waren technische Schwierigkeiten und mangelndes Verständnis der Baufirma (Bau des Berges, der Kletterfelsen), aber auch Bedenken der erwachsenen Anwohner. Es gab noch einmal Änderungen, teilweise in Abstimmung mit der Projektgruppe, teilweise eigenständig durch die Baufirma. Ein großes Problem bestand darin, dass die Baufirma nur sehr zögerlich arbeitete und sich die Baumaßnahme über sechs Monate hinzog. Endgültig auf der Strecke geblieben ist eine von den Kindern gewünschte Wasserspielanlage.

Im Nachhinein hat sich gezeigt, dass von der Wohnungsgesellschaft keine Konsequenzen aus dem Modellprojekt gezogen wurden. Die Wohnumfelder in angrenzenden Siedlungen wurden ohne integrierte Spielflächen realisiert. So konzentrierten sich die Spielaktivitäten im Quartier Danziger Straße mit erheblichem Konfliktpotential. Auch wenn die Planung bis heute Bestand hatte, zogen sich doch Nachbarschaftskonflikte über die Jahre durch. 2000 hat es einen neuen Anlauf zur Regelung der Konflikte und zu einer neuen Überprüfung der Konzeption durch die damals am Projekt Beteiligten gegeben. Vom Kinderbüro ist eine Bewohnerbefragung durchgeführt worden, die demnächst vorliegt und als Grundlage für weitere Aktivitäten dienen soll.

3. Bauprojekte auf öffentlichen Spielplätzen mit Kindern

Die Bauprojekte auf öffentlichen Spielplätzen sind im Rahmen eines gesamtstädtischen Beteiligungsschwerpunktes zu sehen. Dieser Schwerpunkt entwickelte sich aus der Erfahrung, dass die Einbindung von Kindern in die Planung von Spielräumen wie im Projekt „Danziger Straße“ zwar immer wieder gut gelungen war. Für das kindliche Erleben gerät jedoch die

Realisierung einer Planung außerhalb ihres Erfahrungshorizonts, wenn Spielplätze erst ein bis zwei Jahre später gebaut werden. Deshalb bieten Bauprojekte Möglichkeiten, Kinderinteressen in überschaubaren Zeiträumen und unter ihrer aktiven Beteiligung zu realisieren. Im Hammer Norden wurden Bauprojekte auf einer Reihe von städtischen Spielplätzen und in privaten Wohnumfeld durchgeführt.

Wichtigster Teil der Vorbereitung von Bauprojekten ist es, konkrete Gestaltungsmöglichkeiten mit verschiedenen Materialien auszuarbeiten, die den rechtlichen und sicherheitstechnischen Ansprüchen an Spielraumgestaltung gerecht werden, den Kindern aber auch kreative Gestaltungsmöglichkeiten einräumen.

Als Gestaltungsmöglichkeiten haben sich dabei herauskristallisiert:

- Gestaltung von Weidenhütten;
- Bau von Hochbeeten, Sitz- und Spielgelegenheiten aus Naturbruchsteinen;
- Bau von Klettertürmen und Spielhäusern aus Kanthölzern und Sperrholztafeln;
- Modellierung von Kunst-Kletter-Spielobjekten aus Beton;
- Gestaltung von zweidimensionalen Phantasiewesen, Tieren aus Sperrholztafeln und Farbe;
- Anlage von Schaukel- und Schwingeelementen an vorhandenen Bäumen mit entsprechenden Seilen;
- Mauern von Spiellandschaften mit Bruchsteinen, alten Ziegeln und Mörtel;
- Bau von Klettergeräten aus Kanthölzern;
- Beschnitzen und das farbige Gestalten von Skulpturen aus Baumstämmen.

Diese Palette der Möglichkeiten wird durch die Zusammenarbeit ständig erweitert, weil sich in jedem Projekt neue Ideen ergeben. Auch Kinder bringen immer wieder Anregungen, mit welchen Techniken neue Spielmöglichkeiten geschaffen werden können. Bauprojekte sind Projekte der sozialen Gruppenarbeit und basieren auf der Methode der Projektarbeit. Sie ermöglichen Erfahrungen und Ergebnisse, die unter pädagogischen Gesichtspunkten als ausgesprochen positiv zu bewerten sind:

- Aktive und konkrete Gestaltung der Umwelt: Am Ende einer Bauprojektwoche sind die Ergebnisse für die Kinder sichtbar, gleichzeitig haben sie ihre Umwelt nach ihren eigenen Bedürfnissen gestaltet. Im Idealfall wird ein Kind durch die gebauten und gestalteten Objekte noch Jahre später daran erinnert: „Das habe ich gebaut!“
- Spaß und Freude am Gestalten: Der Spaß und die Freude der Kinder bei den Aktionen ist für alle Beteiligten erlebbar. Den Kindern

und auch den beteiligten Jugendlichen ist immer die Zeit zu kurz, sie kommen früher und gehen später als eigentlich geplant.

- Das aktive Verhältnis zur Umwelt bleibt: Schließlich hinterlässt der aktive Umgang mit öffentlichem Raum und Material Spuren. Langfristige Beobachtungen zeigen, dass die Kinder und Jugendlichen auf diesen Spielplätzen auch weiterhin gestaltend tätig sind.
- Kinder übernehmen Verantwortung: Kinder engagieren sich in den Bauprojekten für die Gestaltung des Gemeinwesens. Auch wenn es für sie Spaß und Aktivität bedeutet, so handeln sie doch meist auch in dem Bewusstsein, etwas für andere Kinder zu schaffen. Auch wenn Bauprojekte Vandalismus nicht völlig verhindern, sorgen sie doch meist für einen pfleglicheren Umgang der Kinder mit den Objekten und für die Verteidigung vor Schäden durch andere (so weit dies durch Kinder leistbar ist).
- Finanzielle Aspekte der Bauaktion mit Kindern: Der Kostenvergleich von Ergebnissen der Bauprojekte zu konventionellen Produkten macht deutlich, dass, selbst wenn man den ästhetischen Vorteil und den pädagogischen Effekt der selbstgebauten Produkte nicht berücksichtigt, sie doch in aller Regel ebenso teuer wie konventionelle Angebote sind. Viel wichtiger ist aber, dass neben dem reinen Produkt der Prozess als pädagogische Aktion einen völlig eigenen Wert besitzt, der in dieser Form nicht zu beziffern ist

4. Protestbekundung und Demonstration: Aktionen zur Verkehrsberuhigung

Demonstrationen und Protestbekundungen gehören zu den klassischen demokratischen Partizipationsformen. Vor allem Demonstrationen von Eltern mit ihren Kindern oder von Kindergruppen stehen immer wieder immer wieder im Rampenlicht der Öffentlichkeit.

Als aktuelles Beispiel einer Protest- und Demonstrationsform sollen hier Aktionen zur Verkehrsberuhigung vorgestellt werden, die alle klassischen Mittel politischer Aktion nutzt: Transparente, Flugblätter, Straßenblockaden, Medienarbeit. Im Gegensatz zu Protestformen des zivilen Ungehorsams handelte es sich jedoch um eine legale, von den Behörden genehmigte Aktion. Sie sollte bei Autofahrern, Anwohnern, aber auch verantwortlichen Politikern ein Bewusstsein für die Gefährdung von Kindern im Straßenverkehr erzeugen und Verhaltensänderungen anregen. Im Hammer Norden wurden mehrere Aktionen zur Verkehrsbe-

ruhigung von den Eltern in der Schottschleife und im Schlagenkamp initiiert.

Sie führten Tempo-30-Meßaktionen durch, die nach folgendem Muster abliefen:

Ein Mitglied der Initiativgruppe ermittelt mit einer Radar-Messpistole die Geschwindigkeit der vorbeifahrenden Kraftfahrzeuge. Die gemessenen Ergebnisse werden über Funk an den 100 bis 300 Meter entfernt gelegenen zentralen Ort der Aktion weitergeleitet. Die Kinder signalisieren mit großen Schildern die gefahrene Geschwindigkeit; die Polizeibeamten halten die Fahrzeuge an. Eltern, Kinder und Polizei klären die Fahrer gemeinsam über den Sinn von „Tempo-30“ auf und verteilen als „Denkzettel“ eine Urkunde mit der festgestellten Geschwindigkeit und den möglichen Folgen. Es werden nicht nur zu schnell fahrende Autofahrer angehalten und ermahnt, sondern auch korrekt fahrende Autofahrer belohnt.

Bei den Aktionen im Hammer Norden haben die Eltern in Zusammenarbeit mit dem Stadtteilbüro Kaffee- und Kuchenstände organisiert, für die Kinder wurden in einem geschützten Bereich Spiele angeboten. Die offizielle Verkehrsbeschilderung wurde durch von Kindern selbstgemalte, unter künstlerischer Leitung hergestellte Aktionsschilder ergänzt, die auf privaten Flächen aufgestellt die Autofahrer mit flotten Sprüchen zur Einhaltung der Verkehrsregeln motivieren. Die begleitende Öffentlichkeit über Zeitung und Radio sorgte stadtweit für Aufmerksamkeit und thematisierte die Interessen von Kindern im Straßenverkehr. Um die Wirksamkeit der Aktionen zu erhöhen, führte die Polizei in den folgenden Wochen weitere Kontrollen durch, bei denen dann bei Geschwindigkeitsverstößen die entsprechenden Bußgelder verhängt werden. Außerdem hat das Straßenverkehrsamt mittlerweile als bauliche Konsequenz durch eine veränderte Parkordnung (versetztes Parken) reagiert.

Die Stadtteilkonferenz für Kinder im Hammer Norden 1995

Die Stadtteilkonferenz für Kinder war geplant als Forum für die Interessen der Kinder analog zu den Stadtteilkonferenzen für Erwachsene. Es sollte keine repräsentative, mit Wahlen verbundene Form gewählt, sondern auf freiwilliger Basis alle Kinder einer Grundschule und von zwei Horten eingeladen werden. In der Schule und in den Horten wurde die Konferenz vorbereitet, die Kinder sammelten Ideen, bauten Modelle und malten Plakate. Am Tag der Konferenz versammelten sich 120 Kinder in einer Turnhalle. Nach einer Begrüßung durch die Sozialdezernentin und den Bezirksvorsteher wurde zunächst der Hammer Norden als lebendiges Modell dargestellt, indem Kinder zentrale

Punkte des Nordens verkörperten und sich entsprechend im Raum gruppierten. Danach wurden Kleingruppen gebildet, um die Wünsche und Ideen der Kinder zu sammeln und auf Früchten für einen Wunschbaum aufzuschreiben. Nach ungefähr einer Stunde war die Aufmerksamkeit der Kinder erschöpft. Bei der Rückkehr in die Turnhalle stürzten sie sich auf die Sportgeräte, tobten durcheinander und fielen über die bereitgestellten Getränke her. Die Vorstellung und Sammlung der Ergebnisse fiel aus, wurde später von den Erwachsenen allein nachgeholt und in die Gremien eingebracht. In der Reflexion wurde deutlich, dass diese Form der Partizipation in der gegebenen Situation unangebracht war, weil trotz intensiver Vorbereitung und Strukturierung des Ablaufs eine geordnete Veranstaltung nur durch eine soziale Auslese möglich geworden wäre.

Resümee: Chancen für die freien Träger

Zusammenfassend ergeben sich folgende Thesen:

These 1

Die freien Träger haben geschichtliche Wurzeln und Erfahrungen, die das Feld der Partizipation von Kindern und Jugendlichen neu beleben und aus der modernistischen und tagesgeschäftorientierten Ecke pädagogischer Praxis herausholen können. Sie haben insbesondere in methodischer Hinsicht viel zu bieten; dazu wäre vielleicht der Blick in die eigenen Geschichtsbücher sinnvoll.

These 2

Freie Träger bieten einen sozialen Raum und positive Vorbilder für politisches und uneigennütziges Engagement. Allerdings droht dieser Raum heute zunehmend von der Tendenz, Verbände zu Wirtschaftsunternehmen zu entwickeln, okkupiert zu werden.

These 3

Freie Träger bieten vielfältige und unterschiedliche Werte- und Normensysteme. Sie bieten aufgrund ihrer unterschiedlichen Programmatik Ansatzpunkte zur Entwicklung politischer Orientierungen.

These 4

Voraussetzung ist allerdings, dass sich freie Träger wieder stärker vor Ort ins Gemeinwesen begeben und die Strukturen von Stadtteilarbeit mitentwickeln und mittragen.

These 5

Das bedeutet auch eine Ablösung von traditionellen Ansätzen politischer Jugendbildung. Lebensweltorientierte Beteiligungsprojekte im Stadtteil, die persönliche Auseinandersetzung und Begegnung mit engagierten Stadtteilpolitiker/innen, das Übernehmen von Verantwortung, immer wieder auch das Scheitern in der Durchsetzung der politischen Anliegen bedeuten eine Form politischen Lernens, die auch randständige Jugendliche erreicht.

Kontaktadresse:

Stadt Hamm - Kinderbüro -

Postfach 2449

59061 Hamm

Telefon: 02381/ 176 202

Fax: 02381/ 172 950

e-mail: Kinderbuero@Stadt.Hamm.de